

## Es muss Schluss sein mit Abwiegeln

### Nach der Hetzjagd von Mügeln: Politik und Verbände für koordiniertes Vorgehen gegen Rechts

Nach der Hetzjagd auf acht Inder im sächsischen Mügeln dringen Bundesregierung, Zentralrat der Juden und Parteien auf politische Konsequenzen. Die Staatsanwaltschaft Leipzig hat indes Ermittlungen gegen zwei Tatverdächtige wegen Landfriedensbruchs aufgenommen.

---

Berlin (Agenturen/ND-Amendt). Der frühere Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye hat angesichts der ausländerfeindlichen Übergriffe in Deutschland einen »Demokratiegipfel« gefordert. Es müsse nationale Aufgabe werden, »sich gegen das um sich greifende, rechtsradikale Potenzial zu wehren«, sagte der Vorsitzende des Vereins »Gesicht zeigen!« am Mittwoch. Auf dem Gipfel sollten Vertreter von Kommunen, Ländern und Bund und dem Bereich des Sports und der Pädagogik teilnehmen. Wenn bei dem Treffen deutlich werde, dass der Kampf gegen Rechts in bundesweitem Interesse sei, würden ostdeutsche Politiker den Rechtsextremismus nicht mehr verniedlichen, so Heye. Er kritisierte, dass nach der Hetzjagd in Mügeln noch nicht ein einziger Verantwortlicher der Stadt »wenigstens Scham« geäußert habe.

Monika Lazar von der grünen Bundestagsfraktion begrüßte den Vorschlag Heyes. »Ein Gipfel allein reicht aber nicht«, erklärte die Rechtsextremismusexpertin gegenüber ND. Wichtig sei ein »gelungener Mix aus einer Stärkung von Zivilcourage und Zivilgesellschaft, einer besseren finanziellen Förderung der Arbeit gegen Rechts, eines härteren Durchgreifens der Justiz sowie einer Sensibilisierung vor allem der lokalen Politik«. Den Vorwurf des bayerischen Innenministers Günther Beckstein, Polizei und Justiz im Osten würden zu lasch gegen rechtsextreme Gewalt vorgehen, teilt Lazar nicht. Auch eine Strafverschärfung hält die sächsische Bundestagsabgeordnete für nicht sinnvoll. Beckstein hatte gestern darauf verwiesen, dass in Bayern mutmaßliche Täter viel eher »vorläufig in Haft genommen und dem Haftrichter zugeführt« würden als im Osten.

Für ein koordiniertes Vorgehen von Politik und Behörden im Kampf gegen den Rechtsextremismus sprach sich die Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, aus. Die Zuständigkeit für die Programme gegen Rechtsextremismus müssten vom Familien- auf das Innenministerium übertragen werden. Die stellvertretende Bundestagspräsidentin Petra Pau von der Linkspartei forderte dagegen die Einrichtung der Stelle eines Bundesbeauftragten oder einer Bundesbeauftragten für Demokratie und Toleranz, die ressortübergreifend den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus koordinieren soll.

Für die Bundesregierung betonte deren stellvertretender Sprecher Thomas Steg, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht darauf reduziert werden dürfe, dass »man mehr Geld gibt«. Es gebe auch eine »Verpflichtung der gesamten Gesellschaft, einer Dorfgemeinschaft, einer Stadtgesellschaft, in den eigenen Grenzen solche Vorgänge nicht zuzulassen«, erklärte Steg gestern in Berlin.

Kritik gab es zudem erneut an Mügelns Bürgermeister Gotthard Deuse (FDP), der nach der Hetzjagd erklärt hatte, in dem Ort gebe es keine rechtsextreme Szene. Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) nannte diese Aussage »sehr befremdlich«. Der Politologe Everhard Holtmann aus Halle sagte: »Es gehört zu den Amtspflichten von Bürgermeistern, sich nicht reflexhaft abwiegelnd hinzustellen.«

Unterdessen ermittelt die Staatsanwaltschaft Leipzig gegen zwei Tatverdächtige wegen Landfriedensbruchs. Die beiden 21 und 23 Jahre alten Tatverdächtigen stammen laut Staatsanwaltschaft aus Mügeln. Die Hintergründe des gesamten Geschehens seien noch nicht endgültig geklärt, hieß es. Es steht demnach aber fest, dass aus der vor der Pizzeria versammelten Menschenmenge fremdenfeindliche Parolen gerufen wurden.